

Von: [REDACTED] [\\_GS-EJPD](#)  
An: [REDACTED] [\\_EFV](#)  
Cc: [REDACTED]  
Betreff: WG: Ämterkonsultation: Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahren  
Datum: Mittwoch, 8. Januar 2025 13:51:00  
Anlagen: [Stellungnahme SEM zur Ämterkonsultation.docx](#)

---

Liebe [REDACTED]

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme in titelerwähnter Ämterkonsultation. Neben den im beiliegenden Dokument enthaltenen - und vom GS-EJPD unterstützten - Änderungsanträgen des SEM zum «erläuternden Bericht» sowie zu Ziffer 3 (2. Abschnitt) des BRA-Entwurfs sind uns noch folgende formale Punkte aufgefallen:

- **BRA**

- Seite 1, letzter Absatz: «die eine ~~Verlängern~~ **Verlängerung** des Sondersatzes Hotellerie verlangen.»
- Seite 2, Tabelle: Es fehlt die Angabe zur Einheit der Frankenbeträge (**in Mio. Franken**)
- Seite 2, Tabelle und nachfolgende Texte: Für gewisse Tabelleneinträge («Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf den Richtwert» und «Divers») fehlen detaillierter Ausführungen; andere Themen («Priorisierung bei Subventionen für Klimapolitik», «Kultur», «Subventionsgesetz») werden zwar in Textform ausgeführt, sind aber in der Tabelle nicht ersichtlich.
- Seite 3, erster Absatz: Im Satz «Diese sollen jedoch statt über den allgemeinen Haushalt über die Zweckbindung der Erträge aus der CO2-Abgabe» fehlt das Verb («**finanziert werden**»?)

- **BRB-Dispo**

- Unterschiedliche VNL Frist-Angaben: Ziff. 5 BRA (29. April 2025), Ziff. 4. BRB (5. Mai 2025)

- **Erläuternder Bericht**

- Widerspruch zwischen Seite 12, 4. Absatz: «Insgesamt *schlägt* der Bundesrat 59 Massnahmen vor» und Seite 15, Ziffer 1.4 erster Satz: «Der Bundesrat hat 59 Massnahmen *beschlossen*».
- Seite 15, Tabelle 3: Unklare Einheitsangabe «MCHF»; besser: **Mio. CHF**
- Seite 15, Tabelle 3: Spaltentitel sollten zur besseren Lesbarkeit auf den nachfolgenden Seiten wiederholt werden.
- Seite 25, Ziffer 1.5.10, Massnahmen: «Nach starken Wachstumsjahren sollen die Finanzhilfen für die Sportförderung um rund 10 Prozent ~~zu~~ gesenkt werden.
- Seite 59, Ziffer 2.30, Ist-Zustand, letzter Satz, und Massnahme: «Windhund an der Grenze und Windhund an der Bewilligungsstelle», «Windhund-Verfahren»: zum besseren Verständnis allenfalls in Fussnote Erläuterung dieses Prinzips aufnehmen.
- Seite 91, Ziffer 4.1.1: Im ersten Satz, der auf Seite 90 beginnt, fehlt zwischen 96 und Franken das Wort «**Milliarden**» und zwischen Franken und 2030 das Wort «**im**».

Lieber Gruss, [REDACTED]

An: \_\_\_\_\_

[REDACTED]  
 [REDACTED]  
 [REDACTED]  
 [REDACTED]  
 [REDACTED]  
 [REDACTED]  
 [REDACTED]

Category	Value (approximate percentage)
1	95
2	100
3	98
4	95
5	98
6	85
7	100
8	100
9	98
10	95
11	95
12	98
13	70
14	98
15	75
16	98
17	65
18	95

**Mittwoch, 8. Januar 2025**

an:

[REDACTED] und [REDACTED]

Wir bitten Sie, die Gesetzesanpassungen in Ihren Bereichen nochmals kritisch zu prüfen, auch ob die entsprechenden Übergangsbestimmungen wo nötig definiert sind.

Freundliche Grüsse

[REDACTED]  
[REDACTED]

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV  
Stabsdienste und Grundsatzfragen

Bundesgasse 3, 3003 Bern

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

Beilagen:

- BRA und Beschlussdispositiv
- Erläuternder Bericht
- Mantelerlass (d, f)
- Fragebogen
- Orientierungsschreiben

# Stellungnahme SEM zur Ämterkonsultation: BG über das Entlastungspaket 2027 (EP27)

Wir bitten den Text **im erläuternden Bericht** zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens an den gelb markierten Stellen zu korrigieren (durchgestrichen) und zu vervollständigen (in Gelb).

1. Der Titel in der Tabelle auf S. 17 zum Punkt «Verkürzung der Abgeltungspflicht für Integrationspolitik auf 4 Jahre»

Der Titel ist nicht korrekt. Wir beantragen den Titel in allen Dokumenten durchgängig wie folgt zu ändern:

**«Verkürzung der Abgeltungsdauer für die Globalpauschalen auf 4 Jahre».**

Dies betrifft neben der Tabelle auf Seite 17 auch den Titel von Kapitel 2.18 sowie den Titel von Tabelle 44 auf Seite 51

2. Kapitel 2.18 Verkürzung der Abgeltungspflicht für Integrationspolitik auf 4 Jahre

Ergänzungen beim Abschnitt «Massnahme»:

Erster Absatz: «[...] Mit diesem Wechsel zum sogenannten Bestandesmodell soll die Anreizwirkung für die beschleunigte Integration in den Arbeitsmarkt gestärkt werden. Nicht mehr direkt berücksichtigt wird hingegen ein Bonus-Malus-System für die in den Kantonen unterschiedlich hohen Erwerbsquoten und unterschiedlichen Arbeitsmarkt-situationen.»

Dritter Absatz: «Im Jahr 2027 gilt eine Übergangsregelung: Die Abgeltungsdauer wird in diesem Jahr nur auf fünf Jahre reduziert bzw. für Flüchtlinge und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung bei fünf Jahren belassen. [...]»

3. Kapitel 3.2 Asylgesetz vom 26. Juni 19981 (AsylG)

## Artikel 88 [Massnahmenbeschrieb 2.18]

Ergänzung eines letzten Satzes bei Absatz 2: «Die Kürzung der Abgeltungsdauer von heute 5 Jahren auf neu maximal 4 Jahre für schutzbedürftige Personen ohne Aufenthaltsbewilligung erfordert eine entsprechende Anpassung von Artikel 88 Absatz 2. Für Asylsuchende wird die Pauschale weiterhin während der gesamten Dauer des Asylverfahrens ausgerichtet.»

~~Streichung und Ergänzung in Absatz 3: Für Asylsuchende wird die Pauschale weiterhin während der gesamten Dauer des Asylverfahrens ausgerichtet. Für schutzbedürftige~~

*Personen mit Aufenthaltsbewilligung wird keine Pauschale mehr ausgerichtet, was eine Streichung dieser Personengruppe in Artikel 88 Absatz 3 erfordert. Die Kürzung der Abgeltungsdauer von heute 5 Jahren auf neu maximal 4 Jahre für die übrigen Flüchtlinge erfordert zudem eine entsprechende Anpassung.»*

*Korrekturen in Absatz 3<sup>bis</sup>: In diesem Absatz ist eine Anpassung an die geänderte Abgeltungsdauer nach Absatz 2 3 nötig. [...]»*

#### 4. Weitere Feststellung

Ende Vernehmlassung: Im BRB steht 5. Mai 2025 im BRA 29. April 2025 als Enddatum.

Für den **Bundesratsantrag** schlagen wir folgende kleine Präzisierung vor:

Kapitel 3 «Zusammenspiel Voranschlag 2025 und EP27»: «[...] Dort, wo das Parlament gewisse Kürzungen vorzieht, wird das EFD ~~vorschlagen~~ **beantragen**, diese grundsätzlich an die Vorgaben anzurechnen und nicht kumulativ umzusetzen. [...]»

Hintergrund: Uns ist bewusst, dass schlussendlich Parlament und Bundesrat über den Voranschlag 2026 entscheiden werden. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn die Haltung der EFV klar zum Ausdruck käme, insbesondere in Bezug auf die im Voranschlag 25 bereits vorgenommenen Kürzungen im Eigenbereich.

Zu den anderen Unterlagen haben wir keine Anpassungsvorschläge.